wA13 Fossile Abhängigkeiten beenden und Fracking stoppen - in Niedersachsen und anderswo!

Gremium:	LAG Energie & Atom
Beschlussdatum:	07.04.2026
Tagesordnungspunkt:	6. Weitere Anträge

Antragstext

Die aktuelle Lage macht es dringlicher denn je, dass wir die Energiewende in Richtung 100% erneuerbarer Energien und den Ausstieg aus fossilen Energien wie Gas, Kohle und Öl beschleunigen. Nur der Ausbau von erneuerbaren Energien, Speichern und erneuerbaren Wärmequellen sind eine verlässliche Möglichkeit, um uns unabhängiger zu machen, eine klimaneutrale Zukunft zu garantieren und die Kosten für Menschen und Industrie zu senken. Jede Investition in fossile Infrastruktur oder Ausweitung von fossiler Öl- und Gasförderung ist teuer, klimapolitisch fatal und schafft Strukturen der Vergangenheit. Daher kämpfen wir für einen beschleunigten Ausbau der Energie- und Wärmewende.

Wir von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sehen die Erdgasförderung mit der Fracking-Methode als große Gefahr, die zu Umweltkatastrophen mit Chemikalien, Grundwasserverschmutzungen, hoch klimaschädlichen Methan-Austritten und auch Erdbeben führen kann. Besonders die Menschen in Niedersachsen würden unter einer flächendeckenden Industrialisierung der Landschaft mit zahlreichen Gasbohrungen

leiden, da hier ein Großteil der Schiefergas-Vorkommen vermutet werden. Dabei widersprechen wir der Gaslobby, denn auch neue Technologien und weitere Forschung würden die dramatischen Umweltschäden und Gesundheitsschäden bei den Bürgerinnen und Bürgern beim Fracking nicht ausschließen.Deshalb appellieren wir an die SPD, die Schiefergas- Fracking-Pläne der CDU weiter zu blockieren undlehnen jegliche Forderungen nach Fracking bei uns und anderswo ab.Es kann darf keine sogenannte „ergebnissoffene Debatte“ über Fracking und sogenannte neue Fracking-Methoden wie vom Bundeswirtschaftsministerin Katharina Reiche gefordert geben, denn es ist aufgrund wissenschaftlicher Erkenntnisse seit 2017 durch das Wasserhaushaltsgesetz grundsätzlich gesetzlich verboten. Bündnis 90/Die Grünen lehnen konsequent eine Gesetzesänderung für Fracking ab.

Weitergehend erkennen wir an, dass auch in der Lieferkette von Flüssigerdgas (LNG) dieses Erdgas hauptsächlich mit der Fracking-Methode in den USA gefördert wird und dass es dort auch zu den oben genannten und weiteren Problemen kommt. Unter anderem wird auch direkt in Wohnsiedlungen oder auf heiligen indigenen Gebieten Fracking betrieben, es gibt immer wieder Störfälle und vor allem einkommensschwache und People of Color Anwohnende leiden unter den überdurchschnittlich hohen Krebsraten durch die fossile Industrie. Dies ist ein weiterer Aspekt, warum wir uns für einen Gasausstieg mit einer beschleunigten Energie- und Wärmewende einsetzen.

Aufgrund der aktuellen fossilen Krise durch den Handelsstreit mit den USA und den aktuellen Kriegen sehen Bündnis 90/Die

Grünen zunehmend hohe Abhängigkeiten - und damit Epressbarkeit - von Öl- und Gasimporten als Risiko für die Energieversorgung Europas und als konkrete Gefahr für die Lebenshaltungskosten der Menschen, sowie als Gefahr für unsere Industrie. Die Folgerung daraus darf aber nicht sein, in Deutschland mehr Erdgas mit der Fracking-Methode zu fördern, sondern wir setzen uns verstärkt für einen

Ausbau der erneuerbaren Energien und für einen sozial gerechten Gasausstieg ein, um uns unabhängiger und als Staat resistenter zu machen.

Bündnis 90/Die Grünen werden

Niedersachsen konsequent unabhängig von fossilen Energieträgern und -importen machen mit einem beschleunigten Ausbau der erneuerbaren Energien und Energiesparmaßnahmen. Wir verpflichten uns, Niedersachsens Energiebedarf bis spätestens 2040 zu 100% aus erneuerbaren Energien zu decken. Im Jahr 2035 werden wir bereits 90% erreichen. Die zukünftige Nutzung von Erdgas und Erdöl, sowie die Förderung müssen sich an den Klimazielen ausrichten. Wir setzen uns beim Bund dafür ein, die Nutzung und Förderung von Erdgas und Erdöl schnellstmöglich mit Blick auf die Klimaziele zu beenden.

Angesichts des Ausbaus der erneuerbaren Energien fordern wir eine Überprüfung der bestehenden und zukünftigen Kapazitäten für LNG-Terminals in Deutschland, um fossile Überkapazitäten und Lock-In-Effekte zu vermeiden. Dazu gehört auch zu prüfen, ob das in Wilhelmshaven geplante feste Terminal nicht ausschließlich für den Import von Ammoniak als grünen Wasserstoff-Derivat genutzt werden sollte. Die Nutzung von CCS und CCU sehen wir sehr kritisch.

Wir sprechen uns aus, dass Wilhelmshaven eine Drehscheibe für grünen Wasserstoff werden soll, dazu gehören Wasserstoff-Elektrolyseure für grünen Wasserstoff aus erneuerbaren Strom und der Import insbesondere für Ammoniak, um grünen Wasserstoff als Derivat für unsere Industrie zu nutzen, statt fossiles Erdgas zu importieren.

Wir wenden uns gegen jegliche Abschwächung des Naturschutz- des Umweltrechtes und der FFH- und Vogelschutzrichtlinie zu gunsten von Industrieprojekten. Wir setzen uns dafür ein, dass bei der Flächennutzung vorrangig bereits versiegelte Flächen wie alte Industrieflächen für weitere geplante Projekte genutzt werden.

Wir Mitglieder und Funktionsträger*innen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen uns deshalb auf allen Ebenen unseres politischen Wirkens dafür ein, dass …

● kein Fracking hier in Niedersachsen oder anderswo in Deutschland erlaubt wird und das Fracking-Verbot dauerhaft bleibt.

● ein Ammoniak-Importterminal für grünen Wasserstoff gebaut wird und wir sehen CCS/CCU kritisch.

● keine Aufweichung von Umwelt- und Naturschutzstandards stattfindet.

● die Abhängigkeiten von fossilen Gasen insbesondere von Fracking-LNG schnellstmöglich durch einen rapiden Ausbau der Energie- und Wärmewende beendet werden.

● die EU-Methanverordung nicht aufgeweicht, sondern vollständig umgesetzt wird, da sie ein zentrales Element der Reduzierung von Methanemissionen ist.

● der vollständige Gasausstieg auf allen Ebenen durch eine forcierte Energie- und Wärmewende auf 2035 vorgezogen wird.